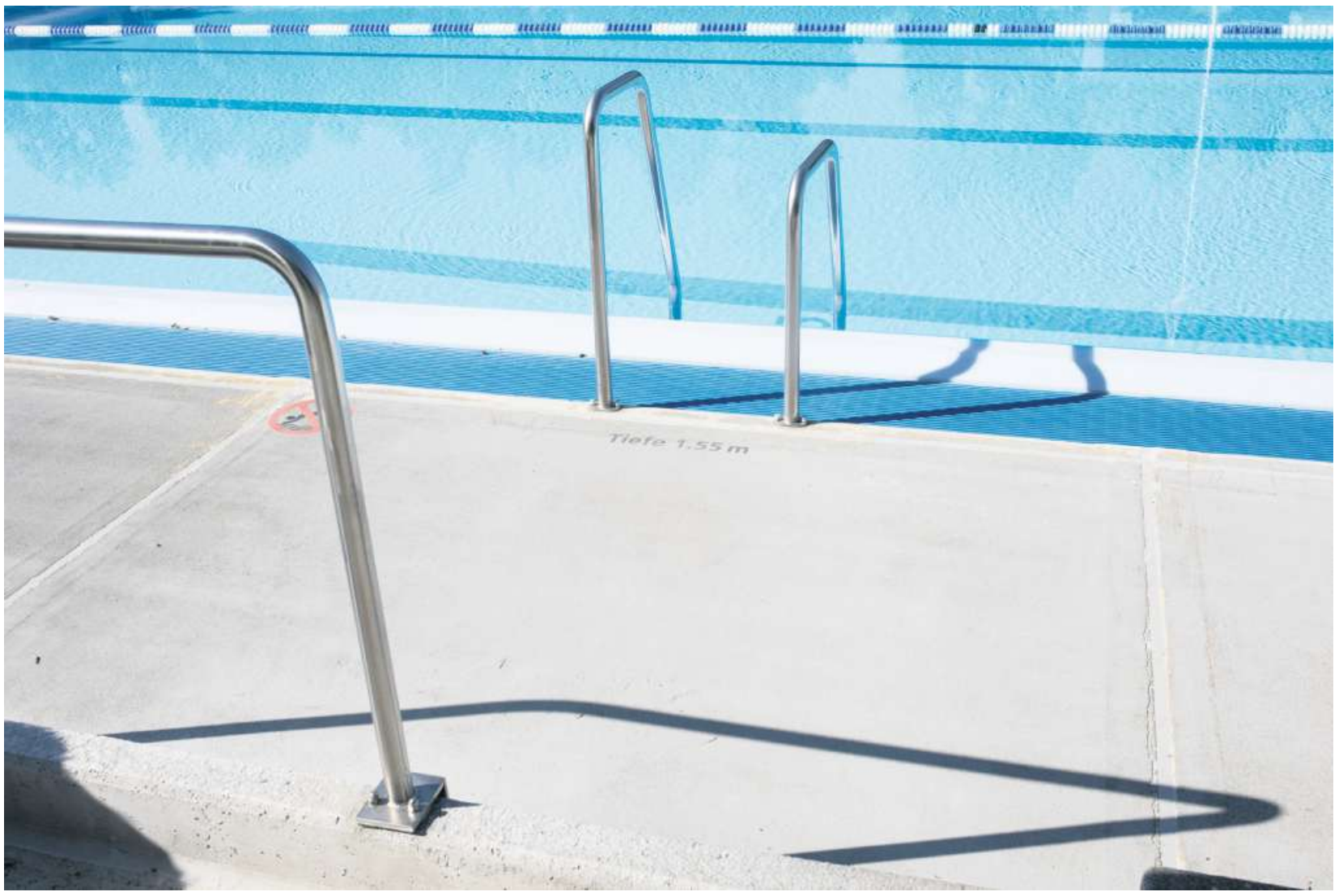
Die Verdrängung aus dem öffentlichen Raum

Das Sicherheitsgefühl der Schweizer nimmt ab. Sie erleben immer häufiger Gewalt. Dass diese Sorgen in medial-gouvernementalen Kreisen nicht ernst genommen werden, zeugt von Abgehobenheit. ***Von Sebastian Briellmann***

NZZ, 24.07.2025



Ein friedliches Schwimmbad ist in manchen Gemeinden in der Schweiz zum Sehnsuchtsort geworden. BRITTA GUT / CH MEDIA

Manchmal braucht es nur eine kleine Entscheidung, die etwas Wirkmächtiges in Gang setzt. Als die Gemeinde Pruntrut im Kanton Jura kürzlich durchsetzte, dass Menschen aus dem Ausland nicht mehr ins Freibad kommen dürfen, machte das nicht nur regional Schlagzeilen. Auf einmal berichteten Medien vom «Badi-Horror für junge Frauen» («Blick»), die deutsche «Bild»-Zeitung schrieb angesichts der Vorfälle von einem «Skandal-Bad».

Junge französische Männer mit nordafrikanischem Migrationshintergrund hatten das Freibad zuvor unsicher gemacht: Regeln schienen für sie nicht zu gelten, sie pöbelten, wurden gewalttätig, belästigten Frauen. Das ist, natürlich, kein singulärer Fall. Der Präsident des Schweizerischen Badmeister-Verbands sagte, dass «das Gewaltpotenzial in Gemeinden mit hohem Ausländeranteil entsprechend erhöht» sei.

Wenig später drangen Nachrichten aus dem ebenfalls grenznahen Basel an die Öffentlichkeit. Der Inhalt war derselbe. Badegäste fühlen sich nicht mehr wohl, gehen nicht mehr allein in die Badi oder bleiben ihr gleich ganz fern. Die Realität wurde präzise beschrieben, von ganz normalen Menschen, die ein Mikrofon vor den Mund bekamen. Doch die Behörden versuchten krampfhaft, die Übergriffe in Einzelvorfälle umzudeuten. Alles nicht so schlimm. Wenn es heiss wird, kochen die Gemüter halt hoch.

Wohlige Selbstzufriedenheit

Wie die allgemeine Befindlichkeit präziser beschrieben werden kann, zeigte Lionel Maître. Nur Tage nach der Umsetzung sagte der politische Vorsteher für den Bereich Freizeit in Pruntrut, dass es einen Anstieg bei den Abo-Verkäufen gebe – und, viel entscheidender, dass die Bürger ihr «langersehntes Sicherheitsgefühl» zurückgewonnen hätten.

Um genau diesen Gemütszustand geht es. Immer mehr Menschen fühlen sich im öffentlichen Raum nicht mehr sicher. Auch aufgrund einer veränderten Bevölkerungsstruktur, Ausländer sind überproportional häufig kriminell.

> Wer sich anständig verhält, sollte sich nicht dem Verhalten von Kriminellen fügen müssen, nur damit ihm nichts passiert.

Erstes wird, etwas schambehaftet zwar, zur Kenntnis genommen. Zweites wird, wann immer es geht, verschwiegen. Und genau das ist das Problem. Die Schweiz hat die besondere Fähigkeit, sich zu einem Spezialfall zu erklären. Uns geht es besser, lautet die Devise. Das stimmt ja auch. Es gibt keine No-go-Areas, keine Parallelgesellschaften wie in vielen europäischen Ländern. Der soziale Kitt ist stärker ausgeprägt. Doch in einem Land, das das Diminutiv besonders leidenschaftlich pflegt, kann diese Haltung auch verleugnende Züge erhalten. Einzelfälle halt, Problemchen. Wirkliche Herausforderungen mag es sonst wo geben.

Mit wohliger Selbstzufriedenheit stützt man sich auf die Statistik, die jedes Jahr darlegt, dass die Gefahr, selbst zum Opfer zu werden, gering ist. Im klitzekleinen Prozentbereich. Der Kriminologe Dirk Baier sagte im «Tages-Anzeiger» sogar einmal, dass das Risiko für einen Schweizer, Opfer einer schweren Gewalttat durch eine ausländische Person zu werden, «statistisch betrachtet» gegen null tendiere. Und sowieso: Ausländer seien überproportional Opfer. Ist das etwa akzeptabel?

Es stellt sich dabei ohnehin die Frage, wie viel Toleranz in dieser Frage überhaupt angemessen ist. Es geht nicht darum, übertriebene Angst zu schüren, den öffentlichen Raum zur allgemeinen Gefahrenzone zu deklarieren – aber verniedlichen sollte man den Status quo nicht.

Denn damit verleugnet man zwei wichtige Dinge. Zum einen wird eine seriöse Auseinandersetzung mit der Täterschaft verhindert: Aus welchen Ländern kommen die Delinquenten, welche Pässe haben oder hatten sie? Was haben sie für einen Aufenthaltsstatus? Das führte auch dazu, dass viele (vor allem die hier wohnhaften) Ausländer nicht automatisch als mögliche Straftäter gelabelt werden – und bestenfalls nicht einmal das Gefühl bekommen, unter Generalverdacht zu stehen. Man könnte dann auch streng werten, dass sich auch vermehrt Schweizer im öffentlichen Raum unerhört benehmen und zur Gefahr werden können.

Zum anderen wird durch diese Realitätsverdrängung unterschlagen – wenn vielleicht sogar unabsichtlich –, dass eine Vertreibung aus dem öffentlichen Raum stattfindet, weil immer mehr Straftaten begangen werden.

Für das gestiegene Unsicherheitsgefühl gibt es genügend Beispiele, nicht nur die Vorfälle in schweizerischen Freibädern. Umfragen zeigen, dass sich viele, hauptsächlich Frauen und gerade in der Nacht, draussen nicht mehr sicher fühlen. Gewisse Orte werden bewusst gemieden. Vor allem, wenn man allein unterwegs ist. Nach dem Ausgang nimmt man lieber das Taxi. Selbstverteidigungskurse boomen.

Auch im öffentlichen Verkehr gibt es immer mehr Gewalt – gegen das Personal, aber auch gegenüber Mitreisenden. Den SBB mache dies Sorgen, sagte ein Sprecher. Es brauchte jedoch eine Abklärung der «Sonntags-Zeitung», um ein akkurateres Bild zu zeichnen. Bei den von der Bundesanwaltschaft ausgestellten Strafbefehlen zwischen dem 10. Juni und dem 10. Juli hat gut die Hälfte der Täter eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Delinquenten sind jung, mehrheitlich zwischen 20 und 40, und sie stammen oft aus Eritrea, Marokko, Somalia, Nigeria oder Algerien.

Das registriert auch die Bevölkerung: Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Sotomo im Auftrag des «Nebelspalters» hat im letzten Jahr gezeigt: 60 Prozent finden, dass die Schweiz in den letzten zwanzig Jahren unsicherer geworden ist, wenn es um Gewaltverbrechen geht. Sogar ein Drittel der SP-Wähler ist dieser Meinung.

Lieber Auto als S-Bahn

Wenn sich in den Gedanken deshalb festsetzt, dass das Auto am Abend vielleicht doch die bessere Variante als die S-Bahn oder der Fussmarsch ist: Dann ist das eine besorgniserregende Entwicklung. Und ein Missstand, der genauer beleuchtet werden muss. Es kann nicht sein, dass die Berner Kantonspolizei der Bevölkerung empfiehlt, keine grossen Geldbeträge oder Schmuck auf sich zu tragen – weil junge Asylsuchende aus Nordafrika ihr Unwesen treiben. Wer sich anständig verhält, sollte sich nicht dem Verhalten von Kriminellen fügen müssen, nur damit ihm nichts passiert.

Diese selbstauferlegte Anpassungsstrategie passt schlecht zum Selbstverständnis der Schweiz, die sich noch immer als Insel der Glückseligen begreift. Es wird zwar durchaus versucht, die Situation zu verbessern – aber nicht, indem das Problem konsequent angegangen (und benannt) würde. Nein, es wird offenbar als gegeben angenommen, als etwas, wogegen man nichts ausrichten könne. Darum werden die Sicherheitsvorkehrungen hochgeschraubt. SBB-Kontrolleure werden abends genauso von Sicherheitskräften begleitet, wie die Polizei in öffentlichen Räumen mehr Präsenz markiert.

Immer mehr Kontrolle und Überwachung kann nicht die Lösung sein. Es ist deswegen auch nicht zielführend, immer mehr öffentliche Räume mit Videokameras auszustatten. Damit kann das Sicherheitsempfinden auch nicht nachhaltig gestärkt werden. Niemand läuft wegen einer Kamera auf einmal wieder unbeschwert im Dunkeln nach Hause. Wer nicht will, dass nur noch längst Erwachsene über solche Spaziergänge sprechen können – als schöne, aber langsam verblassende Erinnerungen: Der sollte die Verunsicherung der Menschen ernst nehmen.

Ein mutiger Entscheid

Das gilt vor allem für Behörden und Wissenschaft. Es reicht nicht, auf die geringen Chancen, im öffentlichen Raum selbst Opfer zu werden, zu verweisen. Und darauf, dass das subjektive Sicherheitsempfinden in erster Linie ein Gefühl sei. Wenn dann sogar noch abgeleitet wird, dass der individuelle Eindruck für Vorurteile sorgte: Dann wird das der Wirklichkeit nicht gerecht. Der Rückzug ins Private oder zumindest in die selbst kontrollierbare Öffentlichkeit ist keine Erfindung.

Genauso wenig wie die Tatsache, dass früher keine Rentner in der ersten Klasse der Appenzeller Bahnen von einem Asylsuchenden zusammengeschlagen wurden. Oder dass eine Basler Bar an einem beliebten Begegnungsort am Rhein ihre Gäste nur in Ruhe bewirten kann, weil der Kanton in den letzten zwei Jahren über 200 000 Franken für Sicherheitspersonal ausgegeben hat. Anders hätte der Schutz der Bürger vor «Randständigen», wie das geschönt genannt wurde, nicht mehr garantiert werden können.

Das sind negative Entwicklungen, aber noch bleibt Zeit für eine Korrektur. Dafür muss das Thema jedoch präsent bleiben. Und dies nicht nur während einer Woche, wenn sich eine Gemeinde wie Pruntrut für ihre Bürger einsetzt – trotz dem Wissen, dass Teile der Politik diese Massnahme ablehnen, unter anderem die eigene Kantonsregierung im Jura. Der Entscheid war mutig. Und es ist ein Wink an medial-gouvernementale Kreise. Wenn Journalisten lieber eine (mögliche) Diskriminierung von «marginalisierten Gruppen» beklagen, wirkt das abgehoben und von vielen Lebensrealitäten abgekoppelt. Wie sich dieser politische Habitus in anderen Ländern ausgewirkt hat, kann man in Frankreich und Deutschland sehen, wo der öffentliche Raum für die Mehrheit vielerorts zum rechtsfreien Raum geworden ist.